„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.

Der Bezugspreis für die an jedem Mittwoch erscheinende Ausgabe von 12 bis 24 Seiten beträgt jährlich $2.50 bei Vorausbezahlung. Versandpreis nach dem Auslande $3.50.

Man schreibe an den „Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., oder komme persönlich in unsere Geschäftsräume und Druckerei: 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Anzeigen haben den größten Erfolg. Nachweislich 19,407 Leser.

Anzeigenraten auf Verlangen mitgeteilt.

Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadier

"THE COURIER"
IS THE LEADING CANADIAN PAPER OF THE GERMAN LANGUAGE.

Subscription price for the regular issue of from 12 to 24 pages, appearing every Wednesday, $2.50 yearly in advance only.

Address: "The Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., or call at our offices and printing plant, 1835-1837 Halifax St. Regina, Sask.

Ads" are always successful, as "The Courier" is by far the best medium to reach the many thousands of prosperous German-Canadians in cities and country districts throughout the Canadian West.

German-speaking farmers are progressive and possess an enormous buying power. You want this trade! Advertise in "The Courier". Sworn Circulation 19,407 paying Subscribers. Advertising rates on application.

16. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 19. September 1923 | 12 Seiten | Nummer 45

Weizenpool mag in Bälde funktionieren

Kampagne für weitere Kontrakte wird wieder aufgenommen.

Die Kampagne zwecks Erlangung von 50 Prozent des Weizenareals der Provinz Saskatchewan auf kontraktlicher Grundlage zur Schaffung eines Weizenpools soll weiter fortgesetzt werden und der Pool in Aktion treten, sobald dies „praktisch möglich ist", d. h. wenn die benötigte Ackerzahl gezeichnet sein wird.

Dies war die Entscheidung der Direktoren der „Saskatchewan Wheat Producers Ltd." auf ihrer ersten Versammlung nach Ablauf der Zeichnungsfrist, die am 12. September endigte, ohne die benötigte Ackerzahl von etwas über 6 Millionen Ackern erreicht zu haben.

Um diese Entscheidung gesetzlich zu machen, wird es nötig sein, die Annullierung derjenigen Klausel im Kontrakt zu veranlassen, welche die Kontrakte als null und nichtig erklärt, falls bis zum 12. September die erforderliche Ackerzahl durch Unterzeichnung einer genügenden Anzahl von Kontrakten nicht erreicht sei und es sollen nun sofort Schritte unternommen werden, die Zustimmung der Kontraktzeichner zu einem Fallenlassen dieser Klausel zu erlangen. Dies wird auf dieselbe Weise und durch die gleiche Organisation geschehen, welche mit der Einsammlung der gezeichneten Kontrakte betraut war.

Bis Sonnabend waren reichlich 4 Millionen Acker unterschrieben. Von den verschiedenen Wahlkreisen waren folgende Anzahl Kontrakte mit der angegebenen Ackerzahl eingelaufen:

	Zahl der Kontrakte	Anzahl der Acker
Arm River	326	76,662
Battleford	402	45,986
Bengough	265	36,708
Biggar	719	114,117
Cannington	371	46,140
Canora	376	20,281
Cutknife	284	34,197
Cypreß	722	104,124
Elrose	912	127,581
Estevan	87	10,539
Francis	226	34,990
Grävelbourg	392	73,697
Hanley	1164	228,618
Happyland	183	26,121
Humboldt	712	57,082
Jack Fish Lake	232	22,898
Kerrobert	1562	291,515
Kindersley	1305	199,628
Kinistino	481	31,351
Last Mountain	1539	262,767
Lloydminster	599	47,511
Lumsden	359	66,211
Maple Creek	451	59,540
Melfort	456	37,205
Milestone	497	102,863
Moose Jaw (Stadt und Land)	426	67,421
Moosomin	569	55,869
Morse	616	105,553
North Qu'Appelle	359	50,385
Notukeu	520	76,542
Pelly	408	26,641
Pipestone	251	25,256
Pheasant Hills	485	40,414
Prince Albert	219	13,082
Redberry	588	73,066
Rosetown	1194	242,264
Rosthern	238	25,636
Saltcoats	127	7,078
Saskatoon County	807	140,459
Shellbrook	865	70,572
Souris	54	7,357
South Qu'Appelle	115	18,498
Swift Current	754	128,089
Tisdale	681	58,489
Thunder Creek	118	22,181
Touchwood	650	36,540
Turtleford	360	26,834
Wadena	296	15,670
Weyburn	90	16,198
Wilkie	857	154,010
Willow Bunch	492	74,094
Wolseley	282	35,581
Wynyard	1011	102,179
Yonda	561	88,470
Yorkton	40	2,724

Dempseys Sieg über Firpo

Bringt dem amerikanischen Boxer eine halbe Million ein.

New York, 18. Sept. — Jack Dempsey behält seinen Titel als der erste Schwergewichtskämpfer der Welt. Er besiegte Luis Firpo aus Südamerika im zweiten Gange des Kampfes, für welchen 15 Gänge bestimmt waren. Dempsey war aber nahe daran seinen Titel zu verlieren. Während der kurzen Dauer des Kampfes wurde der Champion zweimal niedergeworfen. Sein Sieg über Firpo bringt Dempsey ein Vermögen. Er erhält als seinen Anteil von den Einnahmen, die der Unternehmer Tex Rickard auf $1,270,000 schätzt, nahezu eine halbe Million Dollars. Firpo bekommt etwa $160,000, zweimal soviel als für jede frühere Boxerei.

Deutschland zu greifbaren Garantien bereit

Bedingungen, unter denen der passive Widerstand eingestellt wird.

Berlin, 18. Sept. — Kanzler Stresemann erklärte in einer Ansprache: „Wir sind bereit, wirkliche Garantien zu geben, um die Freiheit des Ruhrgebietes zu erlangen. Für uns ist die Frage der Souveränität im Rheinland und der Wiedergewinnung der Freiheit des Ruhrgebietes entscheidend. Um diesen Preis sind wir bereit, wirkliche Garantien zu geben. In einer kürzlichen Rede sagte Herr Poincare, er ziehe die positive Sicherheiten, welche Frankreich in der Hand habe, den feinsten theoretischen Rechten vor, und er beabsichtige nicht Faustpfänder für allgemeine Garantien einzutauschen. Ferner sei von ihm betont worden, die vorgeschlagenen Garantien gehörten zu den Pfandrechten, welche der Versailler Vertrag den Alliierten auf den gesamten Besitz des Reiches gegeben habe.

„Diese Auffassung des französischen Premiers muß ich als eine irrige bezeichnen. Nach dem Versailler Vertrag ist das Besitztum des Reiches und der einzelnen Staaten ein Faustpfand für Deutschlands Verpflichtungen. Was ich vorschlug, betraf eine direkte Heranziehung des Privatbesitzes und geht somit über den Vertrag hinaus. Diese Heranziehung ist auch ein Faustpfand, welches sich verwirklichen läßt, während die Sicherheiten unter dem Versailler Vertrage darzeit diese Eigenschaften nicht haben.

Falls Hypotheken zu Gunsten des Reichs auf Staatseigentum und Privatbesitz wirtschaftlicher Organisationen als Faustpfand für einen Prozentsatz dieses Besitzes eingetragen würden, dann können diese Hypotheken in eine Treuhand als ein wirklich verwendbares Guthaben übertragen werden."

Bedingungen, unter denen der passive Widerstand eingestellt wird.

Köln, 18. Sept. — Der Vorsitzer der Vereinigten Gewerkschaften in Essen kündigte an, daß der passive Widerstand unter folgenden Bedingungen eingestellt werde: Unbehinderte Rückkehr aller aus dem besetzten Gebiete Ausgewiesenen nebst deren Familien; Freilassung aller Gefangenen; die summarische Zurückweisung irgend eines Versuches, in die Hoheitsrechte des Reiches einzugreifen, und der Widerruf aller Gesetze, welche die Annahme von wirtschaftlichen Reparationen behindere und Festsetzung von Verpflichtungen, deren Erfüllung im Bereiche der Möglichkeit liegen.

Eine Erklärung des deutschen Auswärtigen Amtes.

Berlin, 18. Sept. — Das Auswärtige Amt erklärte, daß Deutschland unter keinen Umständen jetzt kapitulieren werde und daß die Berichte über Einstellung des passiven Widerstandes in der Ruhr sowohl verfrüht wie übertrieben seien.

Blutige Unruhen in Dresden.

Blutige Unruhen, veranlaßt durch Demonstrationen Arbeitsloser, brachen in Dresden aus. Fünf Personen wurden bei einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und den Demonstranten getötet.

„Niederlage für Regierung, Sieg für Großindustrielle."

Paris, 18. Sept. — Wenn Frankreich das gemeinschaftliche Anerbieten von Deutschlands Industriellen annimmt, dann wird Frankreichs Hoffnung auf Erlangung von Schadenersatz zu Wasser werden. Es wird ebenfalls bedeuten, daß die Ruhrbesetzung umsonst war und daß Premier Poincare's Politik „Deutschland zahlen zu machen", ein Fehlschlag war."

Diese Ansicht, die ein hoher Beamter ausgesprochen haben soll, konnte man in eitelen politischen Kreisen, die der Regierung nahestehen, wieder hören.

Während die Annahme von Kanzler Stresemann's Anerbieten die Niederlage und Zwecklosigkeit der aggressiven Politik Poincares bedeutet, und zugleich Frankreichs Möglichkeit, Entschädigungsgelder, die in die Billionen gehen, zu kollektieren, erschwert, wird sie ein großer, aus Vernunftsschlüssen herbeigeleiteter Sieg der französischen Großindustriellen sein.

Mit ihren Anteilscheinen in den Ruhrbergwerken und anderen deutschen Industrien würden die französischen Eisenbahnbarone faktisch Mitglieder der Stinnes und Thyssen Gruppen in Deutschland werden, was die Bestürzung in Britannien vollauf erklärt.

Diese Allianz wird allerdings eine zweischneidige Waffe sein. Sie wird Frankreich einen Halt an den Industrien Europas geben, zu gleicher Zeit aber wird die bloße Existenz des französisch-deutschen Geschäftspaktes der französischen Regierung ohne Zweifel Hindernisse bereiten, Entschädigung zu erhalten.

Dies ist der Grund, warum Premier Poincare im letzten Dezember Kanzler Cunos Anerbieten eines ökonomischen Bündnisses zurückwies und aus eben diesem Grunde sträubt er sich gegen die jetzigen Versuche, sich die Hände binden zu lassen.

Berlin kündigt an, daß Besprechungen mit allen Mächten stattfinden.

Berlin, 18. Sept. — Um irrtümlichen Gerüchten vorzubeugen, welche in der ganzen Welt im Umlaufe sind, wurde in Berlin ein halbamtlicher Erlaß ausgegeben, daß die Regierung persönliche Besprechungen mit allen Regierungen führe und daß der Kanzler Stresemann mit dem französischen Gesandten in Berlin seine Ansichten über die jetzige Lage ausgetauscht habe.

Vermittlung in Ruhrfrage stockt.

Berlin, 18. Sept. — Von den deutschen Vermittlern, welche sich zur Vorbesprechung über eine Lösung der Gutmachungsfrage nach Paris begeben haben, treffen sehr schlechte Nachrichten ein. Ein Vertreter Hugo Stinnes', welcher sich mit der nichtamtlichen Sondierung der Auffassung und Absichten der maßgebenden französischen Kreise abgegeben hat, ist bereits von Paris hierher wieder zurückgekehrt. Auf Grund seiner Beobachtungen erklärt er, daß eine Eröffnung offizieller Verhandlungen ohne Aufgabe des passiven Widerstandes an der Ruhr und am Rhein unmöglich erscheine.

Baldwin und Poincare werden zusammenkommen.

Paris, 18. Sept. — „Durchaus wahrscheinlich ist eine Zusammenkunft des britischen Premiers Baldwin mit dem französischen Premier Poincare in Paris auf der Rückfahrt des ersteren von Air-les-Bains nach London," besagt eine halbamtliche Kundgabe. Premier Baldwin wird am 20. Sept. von Air-les-Bains abreisen und die beiden folgenden Tage in Paris verweilen.

Mithilfe der Völkerliga zu Deutschlands Wiederaufbau

Von Lord Robert Cecil in Aussicht gestellt

Genf, 18. Sept. — Die Liga-Versammlung nahm die Diskussion über den Wiederaufbau Oesterreichs wieder auf. Lord Robert Cecil, welchem eine mehrere Minuten andauernde Ovation zuteil wurde, spielte in seiner Anerkennungsrede über die von der Liga bei Durchführung des österreichischen Rehabilitierungsplanes erzielten Resultate sowohl auf die Ver. Staaten wie auch auf Deutschland an. Nur die Liga erklärt er, sei imstande, diese und ähnliche Aufgaben durchzuführen, weil sie, angesichts ihrer eigentlichen Natur, keinen internationalen Neid entfachen.

„Von einer oder zwei bedauernswerten Ausnahmen abgesehen," sagte der Engländer, „steht die ganze Welt hinter der Liga", und setzte dann hinzu, er sei davon überzeugt, daß die Erfolge des Völkerbundes in der Zukunft noch weiterreichend sein würden.

Nachdem er der Ansicht Ausdruck verliehen, der Völkerbund sei auch bereit, an der finanziellen Wiedergeburt Deutschlands mitzuwirken, betonte Lord Robert, die erste Pflicht der Liga sei es, unter der Ligaverfassung den Frieden zwischen den Nationen aufrecht zu erhalten. Diese Aufgabe lasse sich aber nie und nimmer erfolgreich lösen, bis sie die ganze öffentliche Meinung der Welt hinter sich habe und bis tatsächlich die „moralische Entwaffnung" der Nationen durchgeführt sei. Durch den Erfolg des österreichischen Wiederaufbaus habe die Liga den Wert des internationalen Zusammenarbeitens bewiesen, und er sei überzeugt, daß sie andauernd zu neuen Siegen weiter schreiten werde.

Der österreichische Bericht gelangte schließlich zur Annahme.

Die spanische Revolution

Von allen revolutionären und gegenrevolutionären Staatsstreichen ist die Revolution in Barcelona der eigentümlichste. Die Hauptstadt Cataloniens war als Hauptsitz der spanischen Textilindustrie auch stets das Zentrum sozialrevolutionärer Strömungen. Alles, was in Spanien mit Karl Marx liebäugelte, sei es in der Verschärfung zur bolschewistischen Doktrin oder in der milderen Tonart Westeuropas, hatte seinen Sitz in Barcelona oder empfing seine Weisungen von dort. Barcelona war seit Jahrzehnten eine Brut- und Pflegestätte der anarchistischen Bewegung und am 13. Oktober 1909 trat dort, nachdem der von ihm entfesselte blutige Aufstand niedergeschlagen worden war, Francisco Ferrer den Weg zum Standgericht an. Bei der entsetzlichen sozialen Rückständigkeit des spanischen Unternehmertums fehlt es dort nicht an Keimen zu neuen sozialen Umwälzungen; aber der jetzige Staatsstreich hat einen ganz anderen Hintergrund. Er ist schlechthin eine Militärrevolte, die um deswillen die Truppen im ganzen Lande für sich hat, weil diese Truppen die ihnen zugedachte Aufgabe nicht erfüllen wollen. Das spanische Militär meutert, kurz gesagt, weil es sich nicht nach Marokko zum Kampfe gegen die Riffkabylen verschicken lassen will. Die Nachrichten über den mörderischen Charakter der Kämpfe um Ceuta und Melilla haben den spanischen Soldaten augenscheinlich mit einer heftigen Abneigung dagegen erfüllt, den schmalen nordafrikanischen Küstenstrich zu verteidigen, der heute fast die einzige Kolonie des einst stolzen Spaniens verkörpert. Diesen Unwillen und diese Unzufriedenheit der Truppe hat der Führer der Meuterei, der Generalkapitän Primo de Rivera Marquis de Estella, benutzt, um sich zum Herrn über seine politischen Gegner zu machen. Die Bewegung in Spanien ist keine soziale, keine wirtschaftliche, keine anti-nationale, keine politische Revolution; sie ist schlechthin der Ausdruck des Ringens zwischen zwei reaktionären Cliquen und mag allenfalls zum Bürgerkrieg führen, da in der Hauptstadt Madrid selbst die Truppen dem alten Kabinett, dessen Rücktritt Herr Primo de Rivera verlangt, treu geblieben sein sollen.

Der meuternde Generalkapitän vertritt ein eigentümliches Programm, das dem spanischen Nationalstolz tiefe Wunden schlägt und ihm gleichzeitig doch wieder erhebende Ziele zeigt. Er will, daß Spanien Marokko aufgibt, weil es davon keinen Nutzen hat. Aber er will auf der anderen Seite Gibralter für Spanien haben und er zeigt sich dadurch als ein Patriot, der für wahre spanische Größe und Ehre Verständnis hat. Dem Kabinett in Madrid widerstrebt er, weil es in der äußeren Politik Spaniens andere Wege wandelt als er. Deshalb hat er denn auch den besonders verhaßten Außenminister aufheben und festsetzen lassen.

Da das Programm de Riveras in seinen letzten Konsequenzen natürlich scharfe Konflikte mit den europäischen Westmächten hervorrufen muß, fragt es sich, ob seine Meuterei insgeheim vielleicht von Frankreich oder England begünstigt wird. Sein Anspruch auf Gibralter, den er sogar in den Tagen des Weltkrieges erhob, scheint eine Begünstigung durch England auszuschließen; aber ihm mag wohl die Absicht vorschweben, den Engländern Ceuta als einen Ersatz für Gibralter vorzuschlagen. Wahrscheinlicher ist es allerdings, daß Frankreich insgeheim seine Finger im Spiele hat. Es will Spanien aus Marokko heraus haben, und die Aufstände der Riffkabylen gegen die Spanier werden ja ausschließlich mit Waffen französischer Herkunft geführt.

Weder die anarchistisch-revolutionäre Strömung noch etwa die katalonische Losreißungs-Bewegung findet in der Militärrevolte irgend eine Stütze. Herr Primo de Rivera hat nichts eiligeres zu tun gehabt, als die Hauptquartiere beider Bewegungen zu besetzen und dadurch einem Versuch vorzubeugen, die Gelegenheit für sich auszunutzen. Das schließt natürlich nicht aus, daß ein Aufstand dennoch in die eine oder andere Richtung gedrängt wird.

Wir sind neugierig, welche Kreise diese königlich spanische Revolution noch ziehen wird; aber wir müssen gestehen, daß unsere Meinung von den Spaniern nicht übermäßig hoch ist, seit sie sich 1870 von den Franzosen in ihre Königswahl dreinreden ließen und dann ruhig zusahen, wie Preußen sich wegen des Rechtes Spaniens auf einen König seiner eigenen Wahl herumschlug!

Kanzler Stresemanns Antwort an Poincare

Reichskanzler Dr. Stresemann hat vor den Mitgliedern des Deutschen Industrie- und Handelstages in Berlin über die innen- und außenpolitische Lage gesprochen. Der Kanzler wies eingangs seiner Rede auf die soeben beschlossenen Maßnahmen zur Sanierung deutscher Finanzen hin und wandte sich dann gegen den Vorwurf, daß Deutschland selbst den Währungsverfall herbeigeführt habe. Er würde den Staatsmann, der absichtlich eine solche Politik getrieben hätte, für den größten Verbrecher an seinem Volke ansehen.

Der Kanzler leitete sodann mit dem Hinweis, daß trotz dieser scharfen Eingriffe in die Vermögenssubstanz eine dauernde Sanierung der Reichsfinanzen ohne vorherige Lösung der außenpolitischen Probleme nicht möglich sei, auf die außenpolitische Lage über. Dr. Stresemann führte dazu aus:

Der französische Ministerpräsident habe die Ruhrbesetzung damit begründet, daß sie notwendig gewesen sei um Deutschland zur Erfüllung der Verpflichtungen zu zwingen, denen es sich bisher absichtlich entzogen habe. Er versage sich, an dieser Stelle auf die Vergangenheit im einzelnen einzugehen, so sehr es gerade vom deutschen Standpunkt aus verführerisch wäre, auch die Fragen von Recht und Schuld nochmals zu erörtern, nachdem sie in der Note der französischen Regierung eine so bedeutsame und durchschlagende Würdigung gefunden haben. Die Fragen von Schuld und Recht werde das deutsche Volk dem Urteil unparteiischer Schiedsrichter jederzeit gerne zu unterwerfen bereit sein, weil sein eigenes gutes Gewissen in diesen Fragen es diesem Urteilsspruch mit Ruhe entgegensehen läßt. Auf dem Gebiete der bisherigen Reparationsleistungen Deutschlands habe gerade kürzlich eine unparteiische Untersuchung Deutschland die Genugtuung gebracht, daß seine bisherigen Leistungen wesentlich höher bewertet werden, als die Gutschriften der Reparationskommission. Das Institute of Economy in Washington habe nach einer eingehenden Prüfung der deutschen Leistungen sich auf den Standpunkt gestellt, daß Deutschland seit dem Waffenstillstand bis zum 30. September 1922 etwa 25 bis 26 Milliarden Goldmark in greifbaren Werten geleistet hat, und daß das deutsche Verlangen nach Buchung noch weiterer erheblicher Posten zugunsten Deutschlands unzweifelhaft gerechtfertigt sei. Die deutsche Regierung selbst beziffere die deutschen Gesamtleistungen auf Grund sorgfältiger und eingehender Untersuchungen auf über 42 Milliarden Goldmark.

„Was die Welt von den Staatsmännern der Völker erwartet, ist nicht unfruchtbare Polemik über vergangene Zeiten, sondern ist der Weg in die Zukunft, der ein friedliches Nebeneinanderleben der Nationen gestattet, der an die Stelle des Währungschaos uns wieder zu den ungeschriebenen Gesetzen des Welthandels zurückführt, auf denen sich einst der Wirtschaftsverkehr der Weltvölker aufbaute."

Höchst beachtenswerte Gedanken, welche die Aussicht haben, eine solch praktische Lösung zu eröffnen, finden wir in der letzten amtlichen Veröffentlichung der britischen Regierung. Auch der französische Ministerpräsident hat in Charleville eine praktische Lösung als Ziel seiner Politik bezeichnet. Der Weg, auf dem er diese praktische Lösung zu finden versucht, geht dahin, daß er positive Pfänder für das Fließen deutscher Reparationsleistungen beansprucht. Als solche produktiven Pfänder bezeichnet die französische Regierung einmal die Garantie der deutschen Eisenbahnen und der deutschen Wirtschaft, ferner die Inanspruchnahme der deutschen Zölle.

Soweit der Grundsatz in Betracht kommt, eine wirksame Garantie für künftige deutsche Leistungen zu geben, wird die Inanspruchnahme deutschen Reichsbesitzes und deutscher Wirtschaft in dem Memorandum der deutschen Reichsregierung vom 7. Juni ds. Js. zum Ausdruck gebracht, jenen Vorschlägen der deutschen Regierung, die zu unserem Bedauern bis heute keine Antwort seitens der alliierten Mächte gefunden haben. Wir sind uns bewußt, mit diesem Memorandum eine grundsätzliche Entscheidung getroffen zu haben, die deshalb als eine äußerste Kraftanstrengung des deutschen Volkes bezeichnet werden muß, weil sie über die Pfandnahme des Versailler Vertrages hinausgehend die uns verbliebenen Kraftquellen, auch der privaten deutschen Wirtschaft, unmittelbar in den Dienst der Garantien der deutschen künftigen Leistungen hineinzieht.

Gerade von seiten der französischen Regierung ist auf die Bedeutung der deutschen Wirtschaft vielfach hingewiesen worden. Wir lesen in dem französischen Gelbbuch davon, daß der wahre Reichtum Deutschlands nicht zerstört sei, daß seine wirklichen Hilfsquellen und Steuerkräfte, die in seiner Wirtschaft lägen, unberührt für die Zukunft vorhanden seien. Sie wissen ebenso wie ich, daß hier eine Ueberschätzung der deutschen Wirtschaftskraft vorliegt. Aber wohlan, wenn in dieser deutschen Wirtschaft, was ich nicht bestreite, Möglichkeiten einer Zukunftsentwicklung liegen, so bedarf es für die Alliierten nur des Eingehens auf die Grundsätze des Memorandums der deutschen Regierung, um mit uns gemeinsam einen Weg zu finden, der diese letzten uns verbliebenen Kraftquellen zum Träger der Garantie deutscher Reparationsverpflichtungen macht.

Die jetzige Regierung hält an dem Angebot der vorigen Regierung fest, für die Freiheit des deutschen Bodens, für die Bewahrung unserer Souveränität, die Konsolidierung unserer Verhältnisse sähe sie das Opfer als nicht zu hoch an, einen Teil der deutschen Wirtschaft als produktives Pfand für die Durchführung der deutschen Reparationsverpflichtungen anzubieten.

Wenn die französische Regierung aufrichtig von dem Gedanken ausgeht, positive Pfänder für die deutschen Lieferungen nach Ablauf eines Moratoriums zu erhalten, so könnte sie wohl einen Weg der Verständigung mit uns finden. Aber dieser Weg darf nicht über die Differenzierung zwischen Rheinland und Ruhr einerseits und dem Deutschen Reich andererseits gehen.

„Die, wenn auch nur vorübergehende Verpfändung des Ruhrgebiets selbst, die Ueberaneignung einzelner Bergwerke und Besitztümer am Rhein und Ruhr kann von uns nicht als Grundlage zur Lösung der Reparationsfrage betrachtet werden.

Diese speziell auf das Rheinland und auf das Ruhrgebiet abgestellte Reparationslösung wirft zugleich alle die politischen Fragen auf, die sich aus der Besetzung des Ruhrgebiets und die sich aus der Rheinlandfrage für die internationalen Beziehungen der Völker ergeben. Für uns in Deutschland gibt es keine Rheinlandfrage, die international zu lösen wäre. Das Rheinland hat im Rahmen der deutschen Reichsverfassung das Recht, selbständig darüber zu entscheiden, in welcher Form es innerhalb des Deutschen Reiches sein Leben zu führen gedenkt. Und bis zur Stunde liegen uns nur die Erklärungen sämtlicher deutschen Parteien im Rheinland vor, daß sie nicht den Wunsch haben, ihr treues Verhältnis zum Reich und zu Preußen, das geschichtlich in ihrer inneren Einstellung begründet ist, im geringsten zu ändern. Fragen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit können Fragen der Verhandlungen, können Fragen des Kompromisses sein, die Frage des deutschen Rheinlandes ist aber für uns keine Frage von Kompromissen, sie ist für uns die Lebensfrage, in der es für jeden Deutschen, der diesen Namen verdient, in der es für jede deutsche Partei nur ein Ziel gibt: „Den deutschen Rhein innerhalb des einigen Deutschen Reiches."

Wir akzeptieren mit Genugtuung die Erklärung des französischen Ministerpräsidenten in den Dokumenten der französischen Regierung, daß er weder politische Ziele verfolge, noch annexionistische Gedanken hege. Mit dieser Erklärung sind aber die in Vorschlag gebrachten Lösungen nicht vereinbar, indem sie tatsächlich wirtschaftlich und politisch Rhein und Ruhr einer Sonderbehandlung unterwerfen und damit den Weg zu einer praktischen Lösung, die Deutschland akzeptieren kann, versperren. „Erst wenn die politischen Gesichtspunkte, die diesen Vorschlägen innewohnen, zurückgetreten sind gegenüber den wirtschaftlichen Lösungsmöglichkeiten, an denen das Reich mit der Gesamtheit seiner Wirtschaft teilnehmen kann, wird der Weg für eine praktische Lösung, von der der französische Ministerpräsident in Charleville sprach, offen sein.

Es wäre politischer Dilettantismus, wenn die deutsche Regierung ihre Politik auf die Entzweiung der Alliierten abstellen wollte. Deutschland kann nur hoffen, daß innerhalb einer gemeinsamen Verständigung der Alliierten unter sich und mit Deutschland ein Weg gefunden wird, der die berechtig-

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Eine neue Balkankrise ist im Anzug

Jugoslavien weist Italiens Fiume-Vorschlag zurück, meldet Rom.

Rom, 18. Sept. — Halboffiziell wurde angekündigt, daß Jugoslavien Italiens letzten Vorschlag zur Beilegung des Fiume-Disputes zurückgewiesen und eine feindliche Haltung gegen Rom angenommen habe. Die Erklärung betont aufs eindringlichste, daß Italien keine kriegerische Absichten habe.

Albaniens Antwort auf griechisches Ultimatum.

Rom, 18. Sept. — Die albanische Regierung hat auf das griechische Ultimatum, in dem die Auslieferung der Mörder der italienischen Kommission gefordert wird, mit der Erklärung geantwortet, daß, sollte die griechische Regierung die Schuldigen nicht festnehmen, Albanier die Grenze kreuzen und die Mörder, die in Albanien bekannt seien, in Griechenland festnehmen werden.

Eine Erklärung Mussolinis.

Rom, 18. Sept. — „Italien wird Griechenland räumen, sowie Griechenland seine Pflicht getan und die von der Konferenz geforderten Reparationen geleistet hat," erklärte Mussolini.

Italiener befestigen Korfu.

Athen, 18. Sept. — Berichten von aus Korfu hier eintreffenden Griechen zufolge, legen die Italiener Befestigungen auf der Insel Korfu an, auf der täglich Munitionssendungen eintreffen. Auf der Insel Paros, südlich von Korfu, wurde eine italienische Unterseeboot Station angelegt.

Die griechische Flotte ist vor Phaleron angelangt, um Vorbereitungen für die Salutierung der alliierten Flotte zu treffen.

Jugoslavien verstärkt seine Grenztruppen.

Belgrad, 18. Sept. — Jugoslavien verstärkt seine Grenzwachen als Folge der Unruhe auf dem Balkan und des Streites mit Italien wegen Fiume. Von Griechenland wird ein ähnliches Vorgehen erwartet.

Bulgaren sammeln Truppen an der Grenze an.

London, 18. Sept. — Eine Armee von 50,000 Bulgaren liegt nahe Djumoria im Lager, die serbische Grenze bedrohend, lautet eine Depesche aus Athen. Motorlastwagen beladen mit Mannschaften, Munition und Nahrungsmittel bewegten sich jede Nacht seit der Besetzung Korfus aus Sofia südwärts, wird versichert.

„Furcht um Korfu

Athen, 17. Sept. — Die Krise zwischen Italien und Serbien wegen der Fiume Frage erregt hier große Besorgnis. Man fürchtet, daß dadurch eine sofortige Beilegung des griechisch-italienischen Zwists verhindert werden kann.

Will nichts vom Völkerbund wissen

Genf, 17. Sept. — Außenminister Ninchitch von Jugoslavien hat erklärt, daß seine Regierung nicht beabsichtigt, ihren Streit mit Italien über die Fiume Frage dem Völkerbund zu unterbreiten.

Letzte Nachrichten

Mainz. — Die interalliierte Rheinland Hochkommission hat beschlossen, den ungehinderten Verkehr zwischen dem besetzten Rheinland und den angrenzenden fremden Staaten unverzüglich zu gestatten.

Montreal. — Die versuchsweise eingeführten niedrigen Frachtraten für Kohlen aus Alberta nach dem Osten sind wieder außer Kraft gesetzt worden, da es sich ergeben hat, daß infolge der großen Entfernung Alberta mit amerikanischen Kohlen tatsächlich nicht konkurrieren kann.

Meyronne, Sask. — Andreas Schwab, 65, starb an Verletzungen, die ihm Freitag Nacht infolge Durchgehens scheuender Pferde zugefügt wurden. Frau und Tochter des Verunglückten, die sich ebenfalls im Wagen befanden, kamen unverletzt davon.

San Francisco, Cal. — Wald-, Gras- und Buschfeuer richteten in Berkeley und anderen Gegenden einen auf Millionen geschätzten Schaden an. Sehr heißes Wetter und starke Winder begünstigten das verheerende Element.

Berlin. — Alle Preise sind wieder in die Höhe gegangen. Für Butter wird 40 Millionen das Pfd., für ein Ei 2½ Millionen und für Brot 5 Millionen Mark der Laib verlangt.